

hat, oder die sogar ganz aus Asphalt bestehen. Le Chatelier hat eine solche Skulpturmasse untersucht und 25% Bitumen neben anorganischer Substanz gefunden. Auch unsere technischen Erzeugnisse aus Bitumen besitzen unter vielen Bedingungen eine erstaunliche Widerstandsfähigkeit, aber es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß Bitumen unter allen Bedingungen unveränderlich ist. Auch bei der Anwendung von Bitumenanstrichen bedarf es sehr sorgfältiger Abwägung aller in Betracht kommenden Momente, um ein gutes Resultat zu erzielen. Ebenso wie Leinöl, wird auch das Bitumen durch die Einwirkung des Lichtes verändert. Eine weitere Gefahrenquelle ist die Verdunstung flüchtiger Bestandteile.

Wir befinden uns in der glücklichen Lage, daß uns die Natur Reservoir von Bitumina in größtem Ausmaße zur Verfügung gestellt hat, wodurch die synthetische Chemie bisher der Aufgabe überhoben war, Bitumina synthetisch herzustellen, sonst würde neben der großen Aufgabe der künstlichen Herstellung von Benzin das Problem der Gewinnung von künstlichen Asphaltstoffen stehen. Vortr. ist aber der Ansicht, daß man die Bedeutung dieser Aufgabe für die Zukunft nicht übersehen darf. Die Steinkohlenteere, die bei der trocknen Destillation der Kohle anfallen, entsprechen weder im Aufbau noch in ihren Eigenschaften dem Ölbitumen, und es ist notwendig, bei der Durchführung der Verflüssigungsverfahren der Kohle auch die großtechnische Gewinnung von hochwertigen Bitumenmassen zu lösen. Die Hydrierung der Kohle bietet uns wahrscheinlich die Möglichkeit, nicht nur Benzine, sondern vielleicht auch Hand in Hand damit hochwertige Bitumina in beliebigem Maßstabe zu gewinnen.

Dr. Duffek, Berlin: „Einfluß der wichtigsten Legierungsbestandteile von Qualitätsstählen auf die Widerstandsfähigkeit gegen Korrosionen durch chemische Agentien“.

Der Angriff von Stählen durch chemische Agentien wird bestimmt durch den Gewichtsverlust, den ein Probekörper in Lösungsmitteln in einer bestimmten Zeit erleidet. In der Praxis wird diese Prüfung auf Korrosionsbeständigkeit laufend ausgeführt, und man sucht hierbei eine möglichst kurze Versuchsdauer zu finden. Der Gewichtsverlust der Probekörper in einem bestimmten Lösungsmittel ist der Ausdruck für die Geschwindigkeit des Lösungsvorganges, der durch die elektrolitische Lösungstension bedingt ist. Der gesamte Lösungsdruck ist die Differenz zwischen der elektrolitischen Lösungstension und dem osmotischen Druck. Maßgebend ist die Konzentration des Lösungsmittels im Verhältnis zur Angriffsfläche des Probekörpers, auch muß die Art der Oberfläche berücksichtigt werden, denn grob geschmirgelte Flächen bilden eine größere Angriffsmöglichkeit als glatt polierte Flächen. Außerdem können die Versuchsbedingungen durch Passivitätserscheinungen gestört werden. Um genaue Bestimmungsmethoden für die Widerstandsfähigkeit der Stähle gegen die Korrosion durch chemische Agentien auszuarbeiten und den Einfluß der Oberflächenbeschaffenheit des Probekörpers und des mechanischen Zustands des Lösungsmittels zu ermitteln, wurden vom Vortr. aus drei Spezialstählen Probekörper von der Größe 10 : 10 : 20 mm verwendet. Diese wurden sorgfältig in Äther-Alkohol gereinigt, getrocknet und gewogen, dann 24 Stunden bei 20° C der Wirkung des Lösungsmittels ausgesetzt, wobei auf den Quadratzentimeter Oberfläche 30 Kubikzentimeter Lösungsmittel entfielen. Die Gewichtsabnahme der Probekörper ist der Zeit der Einwirkung proportional; die Zeitdauer von 24 Stunden wurde gewählt, weil dieses der kürzeste Zeitraum ist, in dem eine nennenswerte Einwirkung beobachtet werden konnte. Nach Beendigung des Versuchs wurden die Probekörper gereinigt, mit Wasser abgespült, getrocknet und gewogen. Die Stähle wurden in 2%igen Lösungen von Schwefelsäure, Salpetersäure, Salzsäure und Oxalsäure behandelt. Für jede Probenqualität wurde ein mittlerer Lösungswert ermittelt. In der ersten Versuchsreihe wurden die verschiedenen Probestähle in ein gemeinsames Gefäß eingetaucht, und zwar so an Seidenfäden eingehängt, daß sie stets bis zur gleichen Höhe eintauchten. Es wurde darauf geachtet, daß sich die Probestäbe nicht leitend berührten, und daß das Gefäß keinen Erschütterungen oder Stößen ausgesetzt war. Es zeigte sich, daß die Einwirkung der Lösungsmittel großen Schwankungen unterworfen war und daß sich an den gereinigten Probekörpern ungleich angegriffene

Oberflächen, zum Teil porenförmige Vertiefungen einstellten. Wie auch andere Versuche ergaben, haftet der Löslichkeitsbestimmung, bei der mehrere Probestücke in einem Gefäß der Einwirkung eines Lösungsmittels ausgesetzt werden, ein Fehler an, der sich besonders dann bemerkbar macht, wenn die Anzahl der Legierungsbestandteile bei den Probekörpern geändert ist. Wenn die Elemente in der Spannungsreihe weit auseinander liegen, dann geht der edlere Bestandteil in Lösung und scheidet sich am unedleren ab. Die besten Werte erhält man, wenn man mehrere Probekörper anwendet, die in der Zusammensetzung nur wenig voneinander verschieden sind. In einer zweiten Versuchsreihe wurden die Körper einzeln in ein Gefäß dem Säureangriff ausgesetzt. Es zeigte sich, daß dann der Angriff gleichmäßiger war. Die dritte Versuchsreihe wurde an hochpolierten Probestücken durchgeführt, das Lösungsmittel wurde gerührt, und zwar wirkte die Probe selbst durch die Art der Aufhängung als Rührer. Diese Versuchsreihe zeigt, daß hochpolierte Oberflächen Anlaß zu Ungleichheiten und Verzerrungen des Angriffs durch Passivitätsbildung geben können. Die Beschaffenheit der Oberfläche ließ auf einen gleichmäßigen Angriff schließen, weil durch die Bewegung des Lösungsmittels eine gute Umspülung des Versuchsstückes erzielt wurde. Die vierte Versuchsreihe wurde an fein geschmirgelten Proben durchgeführt und bestätigt, daß geschmirgelte Oberflächen die besten Resultate geben. Dort, wo der Seidenfaden anlag, war der Angriff verstärkt; dieser durch die stärkere Konzentration der Lösungsmittel in den Kapillaren des Seidenfadens bedingte Übelstand kann vermieden werden, wenn man an Stelle des Seidenfadens Pferdehaar verwendet. Der Einfluß der Legierungsbestandteile wurde nur bei den handelsüblichen Stählen untersucht und der Einfluß des wichtigsten Bestandteils, des Kohlenstoffs, auf die Einwirkung von Schwefelsäure und Salpetersäure geprüft. In Schwefelsäure zeigte sich mit steigendem Kohlenstoffgehalt eine Verminderung des Angriffs. Es fiel auf, daß die Elektrostähle gegenüber den Martinstählen leichter angegriffen wurden. Eine Erklärung hierfür kann man darin finden, daß bei der großen Oberfläche des Stahlbades im Martinofen Gelegenheit gegeben ist, aus dem Gasstrom durch Diffusion Wasserstoff in intramolekularer Form proportional der Temperatur aufzunehmen; bei Elektrostahl ist die Menge der absorbierten Gase geringer, doch verhält sich bei der hohen Temperatur des Lichtbogens der Wasserstoff wie ein Metall, und es bildet sich Eisenwasserstoff  $\text{FeH}_3$ , wie dies auch Oberhoffer zeigt.  $\text{FeH}_3$  zerfällt rasch beim Angriff der Schwefelsäure. Man kann auch daran denken, daß der große Gasgehalt der Martinstähle einen hohen Gehalt an Sauerstoff bedingt, so daß der geringere Angriff der Martinstähle auf Bildung einer Sauerstoffelektrode zurückgeführt werden könnte. Man darf aus diesen Versuchen aber nicht etwa den Schluß ziehen, daß im Martinprozeß korrosionsbeständigere Stähle hergestellt werden können. Wahrscheinlich spielen auch katalytische Vorgänge beim Lösungsprozeß mit. Die gehärteten Stähle zeigten einen geringeren Angriff als die geglähten Stähle; ob das gefundene Minimum im Perlitpunkt wirklich auf eine geringere Löslichkeit des Perlits zurückzuführen ist, muß erst durch eine lückenlose Untersuchung der Martinstähle festgestellt werden. Die Chromstähle zeigten sich im gehärteten Zustand widerstandsfähiger.

### Festsitzung des Verbandes Deutscher Patentanwälte aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der deutschen Patentgesetzgebung.

Berlin, 20. Mai 1927.

Vorsitzender: Patentanwalt Dr. Armand Mestern, Berlin.

Dr. Armand Mestern: „50 Jahre Deutsches Patentgesetz“.

Am 25. Mai d. J. sind 50 Jahre seit der Verkündung des ersten deutschen Patentgesetzes, des Patentgesetzes vom 25. Mai 1877, vergangen. Unter den Patentgesetzen der großen Industrieländer der Welt ist das deutsche das jüngste. In England, dem Mutterlande des Patentwesens, erfolgte bekanntlich dessen gesetzliche Regelung schon vor 300 Jahren, nämlich im Jahre 1623, durch das Statute of Monopolies. In ihm wurde festgelegt, was in England schon lange Rechtens war und der heutigen Auffassung in der ganzen Kulturwelt

entspricht, daß nur denjenigen Patente erteilt werden sollen, die zum allgemeinen Nutzen die Öffentlichkeit mit technischen Neuerungen bekannt machen, und zwar auf eine bestimmte Zeit (in England zweimal sieben Jahre). Das erste Patentgesetz der Vereinigten Staaten von Amerika datiert vom Jahre 1790, das erste französische Patentgesetz stammt aus dem Jahre 1791. Erst im Verlaufe des 19. Jahrhunderts wurde die Erteilung von Privilegien, Monopolen oder Patenten in den verschiedenen deutschen Staaten durch Gesetze oder Verordnungen geregelt, doch war die Zahl der erteilten Patente nur gering. In Österreich wurden von 1820—1852 jährlich durchschnittlich 230 Patente erteilt, in Preußen kaum 60. Tatsache ist, daß vor 1877, gerade wegen des Bestehens zahlreicher Einzelpatentgesetze in den einzelnen deutschen Ländern, ein wirksamer Patentschutz überhaupt nicht zu erzielen war. So wollte beispielsweise im Jahre 1869 Heinrich Caro eine von ihm in Gemeinschaft mit Graebe und Liebermann gefundene Synthese des Alizarins auch in Deutschland patentieren lassen. Es war ein Patentschutz in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika erzielt worden, dagegen mißlang der Versuch in Deutschland völlig. Es lag dies an der dem Patentwesen feindlichen Einstellung der preußischen Deputation für Handel und Gewerbe, die in Preußen vor Einführung eines deutschen Patentgesetzes für die Erteilung von Patenten zuständig war. Diese versagte den Patentschutz wegen angeblich mangelnder Neuheit gegenüber einem älteren Patent der Anmelder, das den Grundgedanken der Erfindung zwar enthielt, die Durchführung der Alizarinsynthese im technischen Maßstabe aber nicht gestattete. Jedoch wurde nach kurzer Zeit auch dieses ältere Patent von der Behörde wegen Nichtausübung für erloschen erklärt, weil nach dem in ihm beschriebenen Verfahren in technischem Umfange nicht gearbeitet werden konnte, und weil nicht anerkannt wurde, daß die in dem versagten Patent beschriebene mögliche Arbeitsweise eine Ausführungsform des ersten Patentbesitzes darstelle. Aber nicht allein in mangelndem Verständnis der patenterteilenden Behörden in einzelnen deutschen Staaten ist die Ursache für die Bedeutungslosigkeit des Patentwesens in der Vorzeit zu suchen. Der Hauptgrund ist natürlich der, daß die territoriale Geltung der Patente in den einzelnen deutschen Staaten eine viel zu beschränkte war, um eine den Erfinder oder Patentinhaber befriedigende Auswirkung seines Patentschutzes zu gewährleisten. Die Verhältnisse konnten sich erst ändern, als nach 1870/71 die Möglichkeit für einen das ganze Reichsgebiet umfassenden Patentschutz gegeben war. Der Auffassung von der Schädlichkeit des Patentschutzes trat der im Jahre 1874 im Anschluß an den Wiener internationalen Patentkongreß unter Mitwirkung des Berliner Patentanwalts Carl Pieper gegründete deutsche Patentschutzverein entgegen, an dessen Spitze Werner v. Siemens trat. Schon vorher hatten sich unter Bekämpfung der Freihandelslehre der Verein deutscher Ingenieure, die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin, der Technische Verein für Eisenhüttenwesen und die Deutsche Chemische Gesellschaft energisch für den Ausbau des Patentschutzes eingesetzt. Auch Reuleaux hat in der Vorrede zu seinem klassischen Werk „Theoretische Kinematik“ im Jahre 1875 der Ansicht Ausdruck gegeben, daß eine Weiterentwicklung der deutschen Technik, insbesondere des damals keineswegs auf der Höhe stehenden deutschen Maschinenbaus nur unter dem Schutze eines Patentgesetzes möglich sei, das der bisher in Deutschland beliebten schlechten Nachahmung im Auslande geschützter Erfindungen ein Ende setzt und den Erfindern den verdienten Lohn für ihre Tätigkeit sichert. Allmählich setzte sich die Erkenntnis durch, daß der Patentschutz, im Gegensatz zur Auffassung der Freihändler, nicht einzelnen Bevorzugten Vorteile gewährt, sondern daß er der Allgemeinheit dient, wenn er den Erfinder durch Gewährung eines vorübergehenden Schutzes veranlaßt, seine Kenntnisse und neuen Erfahrungen der Nation zur Verfügung zu stellen. So kam es denn zum ersten deutschen Patentgesetz vom 25. Mai 1877, das am 1. Juli 1877 in Kraft trat. Schon dieses erste deutsche Patentgesetz hat sich im großen und ganzen bewährt. Gerade mit Bezug auf chemische Patente gewährte das alte Gesetz vom 25. Mai 1877 den Interessenten keinen hinreichenden Schutz. Wie auch heute noch,

in § 1 Ziffer 2 des Patentgesetzes, war bestimmt, daß bei Produkten, die auf chemischem Wege hergestellt waren, nur ein bestimmtes Verfahren zur Herstellung derselben Schutz finden kann. Es fehlte aber damals die Bestimmung des jetzigen § 4 des Patentgesetzes, nach welchem bei einem auf ein Verfahren erteilten Patent sich die Wirkung des Patentschutzes auch auf die durch das Verfahren unmittelbar hergestellten Erzeugnisse erstreckt, und die des § 35, Abs. 2, nach welchem bei einer Erfindung, die ein Verfahren zur Herstellung eines neuen Stoffes zum Gegenstand hat, bis zum Beweise des Gegenteils jeder Stoff von gleicher Beschaffenheit als nach dem patentierten Verfahren hergestellt anzusehen ist. Dies hatte zur Folge, daß Patente, die die Herstellung von chemischen Produkten betrafen, häufig ganz wertlos bleiben mußten. Den Bemühungen der Patentkommission des Vereins zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands im Verein mit der des Vereins Deutscher Ingenieure ist es dann gelungen, in der Novelle zum Patentgesetz vom 7. April 1891 diese und andere Verbesserungen des Patentgesetzes durchzusetzen. Bis zum Jahre 1911 fand dann keine weitere Abänderung des Patentgesetzes statt. In diesem Jahre wurde das Gesetz betreffend den Patentausführungszwang vom 6. Juni 1911 erlassen, das an Stelle des Ausübungszwanges grundsätzlich den Lizenzzwang setzte. Am 11. Juli 1913 wurde vom Reichsamt des Innern im „Reichsanzeiger“ der Entwurf für ein neues Patentgesetz veröffentlicht, welcher der inzwischen erfolgten Entwicklung der Verhältnisse in sozialer und rechtlicher Beziehung Rechnung tragen sollte. Der Entwurf hat seinerzeit großes Aufsehen erregt. Insbesondere wurde die ausdrückliche Feststellung, daß das Recht auf Erteilung des Patentes dem Erfinder, nicht wie bisher dem Anmelder, zusteht, als Systemwechsel bezeichnet. Der Verband deutscher Patentanwälte hat übrigens grundsätzlich diesem Systemwechsel zugestimmt. Infolge des Krieges mußte bekanntlich der Entwurf zurückgestellt werden. Die meisten seiner Vorschläge sind jedoch in der einen oder anderen Form zur Durchführung gelangt. Am 18. Januar 1927 hat das Reichsjustizministerium einen neuen Entwurf, betreffend Abänderung der den gesetzlichen Rechtsschutz betreffenden Gesetze den Beteiligten unterbreitet, der bereits eingehend erörtert worden ist, und zu dem insbesondere der Deutsche Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums auf seiner bevorstehenden Münchner Tagung für gewerblichen Rechtsschutz Stellung nehmen wird. In den 50 Jahren des Bestehens der deutschen Patentgesetzgebung sind 1340 000 Patentanmeldungen eingereicht und etwa 440 000 Patente erteilt worden. So hat im verflossenen halben Jahrhundert das Deutsche Patentgesetz weit über die Grenzen des Deutschen Reichs hinaus kulturfördernd wirken können, und Dr. Mestern spricht zum 50. Geburtstag des Patentgesetzes den Wunsch aus, daß es dieser seiner Mission im Interesse der Entwicklung und Erstarkung deutscher Technik und Wirtschaft, deutscher Weltgeltung auch weiterhin gerecht werden möge. —

Begrüßungsansprachen: Geh. Justizrat Dr. Wildhagen brachte die Grüße der Anwaltskammer des Reichsgerichts; mit der Patentgesetzgebung ist die Patentanwaltschaft geboren und groß geworden. Das Zusammenarbeiten zwischen Rechtsanwaltschaft und Patentanwaltschaft beim Nichtigkeitsverfahren und beim Revisionsverfahren hat sich im Laufe des Jahres außerordentlich günstig gestaltet, zur vollen Anerkennung der Wirksamkeit nicht nur bei der Anwaltschaft, sondern auch beim Reichsgericht geführt. So besteht der Wunsch, daß die vorhandene Tradition weiterhin sich günstig fortentwickle. Als Vertreter der Berliner Rechtsanwaltschaft sprach Justizrat Arnold Seligsohn I. Das Patentgesetz hat sich in den 50 Jahren glänzend bewährt. Maßgebend hierfür ist der Geist seiner Anwendung bei den Behörden und durch die Patentanwaltschaft. Die Aufgabe des Patentanwalts ist schwieriger als die des Rechtsanwalts, denn er hat nicht nur die vorhandenen Rechte zu wahren, sondern auch neue zu schaffen.

Prof. Dr. Klages, Magdeburg, hob als Vertreter des Vereins Deutscher Chemiker hervor, daß gerade die chemische Industrie, bei der die Erfindungen auf plan-

mäßiger Arbeit und planmäßigen Versuchen beruhen, ohne Patentschutz undenkbar wäre. Die Patentanwälte sind die Helfer dieser Industrie, und für diese Hilfe will er im Namen des Vereins Deutscher Chemiker danken.

Der Vertreter des Vereins Deutscher Ingenieure, Patentanwalt Kuhle mann, Bochum, zeigte, daß der Verein Deutscher Ingenieure sich bereits vor dem Zustandekommen des Patentgesetzes große Verdienste in dieser Frage erworben hat. Als man im deutschen Gesetz das Prüfungsverfahren einführt, hielt man dies für eine deutsche Utopie. Heute fragt man im Ausland bei einer Patentverwertung zunächst nach dem deutschen Patent. Diese Höhe ist mit ein Verdienst der Patentanwaltschaft. Und aus diesem Grunde hat der Verein Deutscher Ingenieure vor 27 Jahren sich ganz besonders für das Zustandekommen des Patentanwaltgesetzes eingesetzt, da es galt, das deutsche Erfinderwesen von dem Sumpfe zu befreien, von dem es allmählich umgeben ward. —

Dann sprach Patentanwalt Dr. C. Wiegand, Berlin, über: „Die Entwicklung der deutschen Patentanwaltschaft“.

Das Gesetz betreffend die Patentanwälte vom Jahre 1900 hat den Stand der Patentanwälte im heutigen Sinne erst geschaffen; aber schon lange vor Inkrafttreten des Gesetzes hat es Personen und Firmen gegeben, die sich berufsmäßig mit der Bearbeitung von Patentangelegenheiten beschäftigten und sich auch schon teilweise Patentanwälte nannten. Ein allgemeineres Bedürfnis für Vertretung in Patentangelegenheiten zeigte sich beim Inkrafttreten des Patentgesetzes vom Jahre 1877, der Zugang zur Vertretung auf diesem Gebiete war aber jedermann offen und an keinerlei Voraussetzungen gebunden, so daß sich neben den Berufenen auch mancherlei Unberufene einfanden. Die durch das Auftreten nicht kompetenter, vielfach auch in moralischer Hinsicht nicht einwandfreier Personen hervorgerufenen Schädigungen haben zu dem Gesetz betreffend die Patentanwälte von 1900 geführt, und seit dieser Zeit ist die Zulassung zum Patentanwaltsberuf von dem Nachweis eines abgeschlossenen technischen oder naturwissenschaftlichen akademischen Studiums, einer praktischen Arbeitszeit, einer Vorbereitungszeit auf dem Gebiete des Patentwesens und von der Ablegung einer Prüfung auf rechtlichen Gebieten, insbesondere auf dem Gebiet des in- und ausländischen Patent- und Warenzeichenrechts, neben der selbstverständlichen Forderung moralischer Einwandfreiheit, abhängig gemacht worden. Die Patentanwaltschaft hat seit dieser Zeit eine Entwicklung genommen, wie sie der Gesetzgeber nur wünschen konnte.

Aber neben den Patentanwälten und trotz der Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Patentanwälte beschäftigen sich immer noch zahlreiche Personen unter dem Namen Patentagenten, Patentingenieure oder der Bezeichnung Patentbüro mit der Bearbeitung von Patentangelegenheiten. Darunter sind viele, die nach den verschiedensten Richtungen hin zu erheblichen Bedenken Anlaß geben. Das Publikum erkennt auch heute noch immer nicht den scharfen Unterschied zwischen einem Patentanwalt und Personen, die sich ähnliche Bezeichnungen beilegen. Es wird Aufgabe der weiteren Gesetzgebung sein, Vorkehrungen zu treffen, daß in dieser Beziehung die ursprünglichen Absichten des Gesetzgebers voll zur Wirkung kommen.

Die Patentanwälte haben sich in umfangreicher Weise an der Entwicklung der Theorie und Praxis der deutschen Patent- und Warenzeichengesetzgebung beteiligt. Die weitaus größte Zahl der Patentanwälte ist in dem Verband deutscher Patentanwälte vereinigt, der dauernd an der Reinhaltung und Hebung des Berufs arbeitet und außerdem viele Leistungen im öffentlichen Interesse aufzuweisen hat, wobei hier nur auf die werktätig arbeitende unentgeltliche Auskunftserteilung an Ratsuchende in einem dazu bestimmten Zimmer des Patentamtes hingewiesen sei. So hat sich im Laufe der Jahre ein fester Beruf entwickelt, der, obwohl ihm nur knapp 300 Mitglieder angehören, doch eine ganz erhebliche Wichtigkeit für die Praxis des Patentwesens und damit die Entwicklung der deutschen Industrie besitzt. Daß es schwierig ist, Patentangelegenheiten sachgemäß zu bearbeiten, wird wohl allgemein anerkannt, wenn auch die Größe der Schwierigkeiten noch vielfach unterschätzt wird. Wenn man von den Erfindungen

aus den Kreisen der Großindustrie absieht, die gewöhnlich von den fabrikeigenen Patentbüros unter Leitung besonderer Fachleute bearbeitet werden, ist es die Aufgabe der Patentanwälte, die übrigen Erfinder zu beraten, wie es ihren Interessen gemäß der geltenden Gesetzgebung im Einzelfalle am besten entspricht. Diese Aufgabe ist schwierig, und Voraussetzung dafür ist außer persönlicher Eignung der nicht leichte Ausbildungsgang, welcher auf einem abgeschlossenen akademischen Studium basiert.

Die Patentanwaltschaft hat sich der Anerkennung seitens der mit ihr in besonderer Berührung stehenden Behörden und der Öffentlichkeit zu erfreuen gehabt, und im Interesse der deutschen Technik und Wirtschaft ist eine weitere Hochhaltung und Förderung des Berufs unter Innehaltung der bisherigen Grundlagen ein dringendes Erfordernis.

## Kalktagung Dortmund.

Anläßlich der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft fand in Dortmund die diesjährige Kalktagung statt. Nach den geschlossenen Sitzungen am 24. hielten am 25. Mai der Verein Deutscher Kalkwerke seine 38. (außerordentliche) Hauptversammlung und der Deutsche Kalk-Bund seine 11. (ordentliche) Gesellschafterversammlung in gemeinsamer Veranstaltung ab. Vorsitzender Direktor Dr.-Ing. e. h. Hartwig Schlüter, Dornap. Vorträge:

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Th. Remy, Direktor des Instituts für Boden- und Pflanzenbaulehre an der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf: „Eigene Beobachtungen über die selektive Beeinflussung der Kleinlebewelt des Bodens durch Kalk“.

Untersuchungen, die Votr. gemeinsam mit verschiedenen Mitarbeitern, darunter Dr. P. Ehrenberg, Breslau, gemacht hat, haben zur Erkenntnis geführt, daß eine geordnete Kalkzufuhr unter anderem sowohl die Vermehrung wie die Tätigkeit der nützlichen Bodenbakterien fördert, daß sie die Fäulnis-kraft erhöht, die Stickstoffvorräte mobilisiert, die Humuszersetzung vorteilhaft beeinflußt, kurz, daß die ordnungsmäßige Kalkung ein unentbehrliches Hilfsmittel zur Hebung der Bodenkultur darstellt.

Dr. W. Büsselberg von der Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaftsberatung Berlin: „Kalk als Landeskultur- und betriebswirtschaftlicher Faktor der deutschen Landwirtschaft“.

Votr. behandelte die Rolle des Kalkes bei der Vorflutregulierung, Drainagebewässerung und Bodenmischung und deren Folgeeinrichtungen, insbesondere bei der Entwicklung der Viehzucht mit Hilfe eines kalkreichen Futters an Stelle einer übertriebenen und teuren Krafftütterung. Geringere Unkrautentwicklung, frühere Erwärmung, größere Bodenfestigkeit infolge Kalkung erleichtern die Bestellungs- und Erntearbeiten, beschränken den Arbeitsumfang, so daß als letzte Schlußfolgerung die Bodenkalkung neben der Bodenbearbeitung und animalischen Düngung als wesentlichstes Hilfsmittel zur Ertragssteigerung angesehen werden muß.

Direktor H. Urbach, Geschäftsführer des Deutschen Kalk-Bundes: „Kalkindustrie und Landwirtschaft“. Votr. behandelte eingangs die Hemmungen, die seitens zahlreicher Stellen der Aufklärung über die Bodenkalkung entgegengestellt wurden, geißelte stark den Unfug des Schlagwortes vom „Bodensäurerummel“ und erörterte dann den gegenwärtigen Stand, der in der Auffassung der Landwirtschaft eine völlige Wandlung gebracht hatte. In Wort und Schrift wird heute die Kalkfrage innerhalb der Versuchsringe und der wissenschaftlichen Anstalten mit Liebe und Vertiefung behandelt. Die Kalkindustrie tritt für die Bevorzugung der Kalkung im Herbst ein und legt der Landwirtschaft die Bevorratung mit Kalkdüngemitteln nahe, um eine rechtzeitige Versorgung mit Kalk zu sichern. Die Vorteile gemahlener und zu Pulverform abgelöschter Kalkdüngemittel wurden in Verbindung mit der Forderung erhöhter Feinmahlung beleuchtet.

Auf der Landwirtschaftlichen Wanderausstellung erfolgte wie im Vorjahre eine Ausstellung seitens des Vereins Deutscher Kalkwerke gemeinsam mit der Kali- und Superphosphatindustrie.